[Berlin-Brandenburger Bündnis fordert bessere internationale Anbindung der Hauptstadtregion]

19.09.18 | Berlin

Berlin-Brandenburger Bündnis fordert bessere internationale Anbindung der Hauptstadtregion

Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband Berlin, der Deutsche Gewerkschaftsbund Berlin-Brandenburg, die Industrie- und Handelskammern Berlin, Cottbus, Ostbrandenburg und Potsdam, die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg und visitBerlin haben sich zu einer gemeinsamen Initiative für eine bessere internationale Flugverkehrsanbindung der Hauptstadtregion zusammengeschlossen. Auf ihrer Auftakt-Pressekonferenz forderten sie heute von der Bundesregierung, die rechtlichen Rahmenbedingung für einen Ausbau der Langstreckenverbindungen in die Region zu schaffen.

Die Hauptstadtregion Berlin Brandenburg ist eine der wachstumsstärksten Regionen Deutschlands. Berlins Wirtschaft ist seit 2005 um mehr als 30 Prozent gewachsen, Brandenburgs um 17 Prozent. Dennoch liegt Berlin im Vergleich der europäischen Hauptstädte mit seinen aktuell sechs direkten Langstreckenverbindungen gleichauf mit Kiew und weit hinter Metropolen wie London (155) oder Paris (137). Das Wachstum der Hauptstadtregion und die Bedeutung als politisches Zentrum der stärksten europäischen Volkswirtschaft bergen jedoch viel Potenzial für weitere Langstreckenverbindungen.

Die Etablierung neuer Langstreckenverbindungen ist dabei nicht nur eine unternehmerische, sondern auch eine politische Entscheidung: Luftverkehrsbeziehungen zwischen den Staaten werden

überwiegend durch bilaterale Abkommen geregelt. Sie legen u.a. fest, welche Flughäfen angeflogen werden und wie oft. Langstreckenflüge stärken die wirtschaftliche Basis einer Wirtschaftsregion. Sie sind eine Voraussetzung für die Ansiedlung international ausgerichteter Unternehmen mit hoher Wertschöpfung und gut bezahlten Arbeitsplätzen. Von der Bundespolitik fordern die Bündnispartner deshalb die Öffnung des Marktes für weitere Airlines am BER. Außerdem müssen Berlin, Brandenburg und der Bund vereint die Hauptstadtregion als unternehmerisch interessante Destination profilieren, so eine weitere Forderung der Initiative. Das Bündnis hat es sich daher zum Ziel gesetzt, in den nächsten Monaten auf allen politischen und wirtschaftlichen Ebenen für eine bessere internationale Anbindung Berlin-Brandenburgs zu werben.

Dr. Beatrice Kramm, Präsidentin der IHK Berlin:
„Von einer besseren interkontinentalen Anbindung profitiert die ganze Region: Die Etablierung neuer interkontinentaler Flugverbindungen hat für die Wirtschaft einen ähnlich positiven Effekt wie die Ansiedlung eines Großunternehmens. Es entstehen zusätzliche Arbeitsplätze, die Nachfrage steigt und damit die Bruttowertschöpfung. Fluggesellschaften wie Hainan Airlines aus China bekräftigen immer wieder ihre Bereitschaft, die Hauptstadt öfter anfliegen zu wollen, es fehlt hierzu jedoch an zusätzlichen Vertragsregelungen. Die Wirtschaft ist bereit für mehr Langstreckenverbindungen, jetzt ist die Politik am Zug.“

Peter Heydenbluth, Präsident der IHK Potsdam:
"Bei der Entwicklung der Hauptstadtregion wird Brandenburg eine zentrale Rolle zukommen. Wir haben die fehlenden Flächen und auch die Verkehrsinfrastruktur für weiteres Wachstum. Der Autobahnring (A10), zahlreiche (Autobahn)-Radialen sowie das dichte Bahnnetz bilden eine gute Grundlage. Für beides, die gewerbliche Entwicklung sowie für den Wohnungsbau, stehen Flächen zur Verfügung. Brandenburg bietet hervorragende Entwicklungspotenziale über die nur wenige vergleichbare Ballungsräume in Europa verfügen. Um diese auch ausschöpfen zu können, braucht die Hauptstadtregion einen modernen Flughafen mit deutlich mehr Interkontinentalverbindungen."

Christian Hoßbach, Vorsitzender DGB Berlin-Brandenburg:
„Die Hauptstadtregion ist wirtschaftlich seit einigen Jahren sehr erfolgreich, aber vom Produktivitätsniveau der großen europäischen Metropolen sind wir noch ein großes Stück entfernt. Bessere Direktverbindungen mit den anderen führenden Standorten auf dem gesamten Globus sind eine wesentliche Voraussetzung für international ausgerichtete, hochproduktive Unternehmen mit hochwertigen, gut bezahlten Arbeitsplätzen. Gleichzeitig stärkt ein international gut angebundener Flughafen BER die strukturelle Basis ganz Ostdeutschlands, speziell der gerade einmal eine Autostunde entfernten Lausitz. Neben diesen strukturpolitischen Argumenten blicken wir natürlich auf die direkten Arbeitsplatzeffekte, und da ist klar: Jede Langstreckenverbindung bringt eine hohe Zahl neuer Arbeitsplätze am Flughafen, mit anspruchsvollen Aufgaben für anspruchsvolle Kunden.“

Christian Andresen, Präsident des DEHOGA Berlin und Vizepräsident der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg:
„Die Tourismuswirtschaft ist einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren für die Stadt Berlin. Seine nachhaltige und erfolgreiche Weiterentwicklung hängt maßgeblich von einer guten Fluganbindung ab. Nur mit Hilfe von zusätzlichen Langstrecken-Verbindungen, beispielsweise in die wichtigen Märkte Asiens; ist es Berlin möglich, den Tourismus quantitativ und qualitativ auszubauen. Für die Ansiedlung internationaler Unternehmen spielen direkte Flugverbindungen natürlich ebenfalls eine zentrale Rolle. Aus diesem Grund begrüßen DEHOGA und UVB die Langstreckeninitiative sehr.“

Burkhard Kieker, Geschäftsführer visitBerlin:
„Berlin spielt im Tourismus und bei den Kongressen und Messen in der gleichen Liga wie London,

Paris oder New York, im interkontinentalen Luftverkehr jedoch auf dem Niveau eines Entwicklungslandes. Hier trägt die Bundeshauptstadt bis heute die Folgen der deutschen Teilung. Die großen Luftfahrtallianzen haben sich daran gewöhnt, insbesondere den hochwertigen Businessverkehr aus der deutschen Hauptstadt über ihre Hubs abzusaugen. Spätestens mit der Eröffnung des neuen Hauptstadtflughafens BER im Oktober 2020 könnte sich dies positiv ändern. Voraussetzung sind jedoch erweiterte Verkehrsabkommen insbesondere mit der VR China und der Golfregion.“

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Ihr Ansprechpartner zu "Mobilität und Infrastruktur"

Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik

Burkhard

Rhein

Telefon:
+49 30 31005-117

Telefax:

+49 30 31005-240

E-Mail:
Rhein [at] vme-net.de

Download VCF